

BR/GT I/112 d/71

Travaux Préparatoires EPÜ 1973

Hinweis:

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.

REGIERUNGSKONFERENZ
UEBER DIE EINFUEHRUNG
EINES EUROPÄISCHEN
PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

Brüssel, den 22. Juli 1971

BR/GT I/112/71

- Sekretariat -

AUFZEICHNUNG DER BRITISCHEN DELEGATION

Die Delegationen der Arbeitsgruppe I erhalten in der Anlage Bemerkungen und Vorschläge der britischen Delegation zu einigen Rechtsfragen, die in der Septembersitzung der Arbeitsgruppe I erörtert werden sollen (1).

Die anliegende Aufzeichnung ersetzt die Aufzeichnung der britischen Delegation vom 27. August 1970 (Dok. BR/GT I/53/70).

(1) Die Artikel sind so numeriert, wie es in dem veröffentlichten Band, der die Vorentwürfe von 1971 enthält, geschehen ist.

AUFZEICHNUNG DER BRITISCHEN DELEGATION

EUROPÄISCHES PATENT: RECHTSFRAGEN

A. UEBEREINKOMMEN

1. Artikel 15 und 16 - Recht auf Erlangung des europäischen Patents;

Patentanmeldung durch Nichtberechtigte

Nummer 1, 2, 3 und 4 zu Artikel 16

Eine Entscheidung beispielsweise eines Gerichts des Vereinigten Königreichs über das Recht, ein Patent anzumelden, kann auf eine europäische Anmeldung offenbar insoweit keine Wirkung haben, als in ihr andere Staaten benannt sind, zumindest so lange, bis das Europäische Patentamt die Anmeldung als zurückgenommen ansieht. Ernste Schwierigkeiten dürften sich ergeben, wenn dem Europäischen Patentamt zwei oder mehr einander widersprechende nationale Entscheidungen über die Anmeldeberechtigung vorgelegt werden. Wir würden es deshalb vorziehen, Artikel 16 und die entsprechenden Ausführungsbestimmungen zu streichen und die die Berechtigung betreffenden Fragen in der nationalen Phase nach der Patenterteilung zu regeln. Falls Artikel 16 gestrichen würde, wäre es unseres Erachtens nicht sinn-

voll, Artikel 15 Absatz 1 beizubehalten. Auf jeden Fall möchten wir darauf hinweisen, dass wir Artikel 15 Absatz 1 für keine glückliche Lösung halten. In Satz 2 ist von "dem auf das Beschäftigungsverhältnis anwendbaren nationalen Recht" die Rede. Unserer Ansicht nach können sich bei dieser Formulierung Fälle ergeben, in denen verschiedene Gerichte auf denselben Tatbestand unterschiedliche Rechtsvorschriften anwenden würden. Unseres Erachtens sollte diese Ungewissheit dadurch ausgeräumt werden, dass ein einziges Recht anzuwenden ist, und wir schlagen vor, dass dies das Recht sein soll, welches die Gerichte des Staates anwenden, in dem der Arbeitnehmer in der Regel beschäftigt ist. Wird Artikel 15 Absatz 1 beibehalten, so schlagen wir deshalb vor, Satz 2 wie folgt zu fassen:

"Ist der Erfinder ein Arbeitnehmer, so bestimmt sich das Recht auf das europäische Patent nach dem auf das Beschäftigungsverhältnis anwendbaren Recht, das von den Gerichten des Staats angewandt wird, in dem der Arbeitnehmer in der Regel beschäftigt ist."

2. Artikel 23 - Uebertragung der europäischen Patentanmeldung

Nach unserer Ansicht sollte dieser Artikel so geändert werden, dass auch Fälle erfasst werden, in denen die Uebertragung durch einseitiges Rechtsgeschäft (1) oder kraft Gesetzes, beispielsweise bei Tod oder Konkurs, erfolgt. Wir schlagen deshalb für die Absätze 1 und 2 folgende Fassung vor:

(1) Anmerkung des Sekretariats: Im Englischen "gift"; die Bedeutung dieses Begriffs konnte bei der Uebersetzung nicht geklärt werden.

"(1) Die Uebertragung der europäischen Patentanmeldung durch Vertrag muss ...

(2) Der Rechtsübergang, der durch Vertrag, durch einseitiges Rechtsgeschäft (1) oder kraft Gesetzes erfolgt ist, wird auf Antrag eines Beteiligten in das europäische Patentregister eingetragen, wenn ..."
(der Rest bliebe im Deutschen unverändert).

Da Artikel 59 vorsieht, dass bis zur Veröffentlichung gemäss Artikel 85 keine Eintragung in das Patentregister erfolgt, muss Artikel 23 Absatz 4 unseres Erachtens wie folgt geändert werden:

"Der Rechtsübergang wird dem Europäischen Patentamt gegenüber erst wirksam, wenn die in Absatz 2 genannten Unterlagen bei ihm eingegangen sind; er wird nur in dem Umfang wirksam, in dem er sich aus diesen Unterlagen ergibt."

3. Artikel 136 - Beweissaufnahme

Artikel 136 Absatz 1: Es ist mit anderen Teilen des Entwurfs, beispielsweise mit den Artikeln 101 b Absatz 1 und 113 Absatz 1 nicht vereinbar, dass sich nur die Beteiligten der Beweismittel bedienen dürfen. Unseres Erachtens sollte das Europäische Patentamt von sich aus Beweis erheben können, und wir schlagen deshalb vor, Absatz 1 folgende Fassung zu geben:

(1) Siehe vorhergehende Fussnote.

BR/CT I/112 d/71 (Anlage) zat/MP/K/cs

.../...

"In dem Verfahren vor einer Prüfungsabteilung, einer Einspruchsabteilung oder einer Beschwerdekammer sind folgende Beweismittel zulässig:" Es fragt sich, ob die Aufzählung der Beweismittel in Artikel 136 Absatz 1 Buchstaben a bis e erschöpfend ist; unserer Ansicht nach sollten als Beweismittel insbesondere auch Muster und andere Gegenstände und gegebenenfalls eidesstattliche Erklärungen (1) oder andere schriftliche Erklärungen der Beteiligten und derjenigen Zeugen, die keine Sachverständigen sind, aufgeführt werden.

Artikel 136 Absatz 3: Wir sind der Ansicht, dass auch Prüfungs- und Einspruchsabteilungen die Befugnis haben sollten, eine Person zu beeidigen. Ferner sollte es unseres Erachtens einem Zeugen möglich sein, eine eidesstattliche Erklärung (2) abzugeben; wir schlagen daher vor, nach dem Wort "beeidigen" die Worte einzufügen: "oder von ihnen eidesstattliche Erklärungen entgegennehmen". Darüber hinaus besteht wohl kein triftiger Grund, einen Beteiligten, der aussagt, von der Möglichkeit auszuschliessen, einen Eid zu leisten oder eine eidesstattliche Erklärung abzugeben.

Artikel 136 Absätze 4 und 6: Unseres Erachtens ist Artikel 136 Absatz 4 zu beanstanden, weil dieser Bestimmung zufolge gegen einen Zeugen eine Geldbusse verhängt werden kann, wenn er ausserhalb seines Wohnsitzlandes nicht erschienen ist. Wir wären jedoch bereit, diese Bestimmung zu akzeptieren, wenn klar zum Ausdruck gebracht wird, dass ein Zeuge ein unabdingbares Recht hat, im Wege der Rechtshilfe gemäss Artikel 136 Absatz 6 vor dem Gericht seines Wohnsitzes anstatt vor dem Europäischen Patentamt auszusagen. Wir schlagen vor, den Artikel 136 Absatz 6 wie folgt zu ändern:

-
- (1) Anmerkung des Sekretariats: Im Englischen "affidavits"; die Bedeutung dieses Begriffs konnte bei der Uebersetzung nicht geklärt werden.
- (2) Anmerkung des Sekretariats: Im Englischen "affirmation"; die Bedeutung dieses Begriffs konnte bei der Uebersetzung nicht geklärt werden.

"Beteiligte, Zeugen und Sachverständige können verlangen, dass sie - unter Eid oder unter Abgabe einer eidesstattlichen Erklärung - durch die Gerichte ihres Wohnsitzes vernommen werden. Von diesem Recht können sie auch dann Gebrauch machen, wenn das Ersuchen um Vernehmung von der Prüfungsstelle, der Prüfungsabteilung oder der Einspruchsabteilung gestellt worden ist".

Artikel 136 Absatz 5: Der vorliegende Entwurf scheint zur Folge zu haben, dass jemand für ein und dieselbe Straftat, die in nur einem Staat begangen wurde, in mehreren Staaten strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden kann. Zudem verpflichtet er die zuständigen Gerichte, auf eine Anzeige des Präsidenten des Europäischen Patentamts die Straftat zu verfolgen. Wir schlagen deshalb vor, den Artikel 136 Absatz 5 durch eine Bestimmung zu ersetzen, nach der in dieser Frage die Gerichte des Staates zuständig sind, in dem die Eidesverletzung begangen wurde; erforderlichenfalls könnte ein Auslieferungsverfahren durchgeführt werden. Wir schlagen folgende Fassung vor:

"Für Eidesverletzungen eines Zeugen oder Sachverständigen sind die Gerichte des Vertragsstaats zuständig, in dem die Eidesverletzung begangen worden ist. Der betreffende Vertragsstaat kann auf Anzeige des Präsidenten des Europäischen Patentamts die Strafverfolgung wegen Eidesverletzung einleiten."

4. Artikel 143 - Aufgebot

Nummer 7 zu Artikel 145 - Unterbrechung des Verfahrens

Die Verfahren, die in Artikel 143 und in Nummer 7 zu Artikel 145 vorgesehen sind, sind nicht miteinander vereinbar; unseres Erachtens ist Artikel 143 weitgehend überflüssig und sollte ge-

strichen werden. Nummer 7 zu Artikel 145 muss hingegen geändert werden, weil diese Bestimmung in einigen Fällen zu einer ständigen Unterbrechung führen könnte, was nicht wünschenswert ist. Wir schlagen deshalb vor, den Absatz 2 der Nummer 7 zu Artikel 145 dahin zu ändern, dass das Europäische Patentamt binnen 6 Monaten nach dem Tod oder dem Beginn der Handlungsunfähigkeit des Anmelders davon zu unterrichten ist, wer nach dem Heimatrecht des Verstorbenen oder Handlungsunfähigen die Berechtigung erlangt hat, über das Vermögen zu verfügen; diese Frist kann verlängert werden, sofern triftige Gründe dafür vorliegen. Ist dem Europäischen Patentamt nach sechs Monaten keine Mitteilung zugegangen, so sollte die Anmeldung als zurückgenommen gelten.

5. Artikel 145 - Heranziehung allgemeiner Verfahrensgrundsätze

Die Bezugnahme auf "die in den Vertragsstaaten allgemein anerkannten Grundsätze des Verfahrensrechts" ist vage und unklar, da die Grundsätze des Verfahrensrechts in vielen Fällen von Staat zu Staat unterschiedlich sind. Da ausserdem keine Sanktion für die Nichtbeachtung der Grundsätze besteht, ist es wohl nicht erforderlich, eine Begrenzung vorzusehen, und wir schlagen vor, sie zu streichen. In den Fällen, in denen kein Verfahren geregelt ist, wird das Europäische Patentamt natürlich seine eigenen Vorschriften festlegen müssen. Allerdings muss eine Vorschrift, wenn sie rechtswirksam sein soll, in der Ausführungsordnung enthalten sein, und nach Artikel 35 a ist der Verwaltungsrat das einzige Organ, das zur Änderung der Ausführungsordnung befugt ist. Wir sind uns deshalb nicht darüber im

klaren, welche rechtlichen Wirkungen neue Vorschriften hätten, die das Europäische Patentamt erlassen würde, und meinen, dass der Artikel auf reine verwaltungstechnische Dienstvorschriften beschränkt werden sollte. Wir schlagen folgende Neufassung vor:

"Soweit dieses Uebereinkommen und die Ausführungsordnung Verwaltungsvorschriften für das Europäische Patentamt nicht enthalten, erlässt das Amt seine eigenen Vorschriften."

6. Artikel 152 - Vollstreckung von Kosten und Geldbussen

Artikel 152 Absatz 1: Wir halten es für besser, die Worte "dies gilt nicht gegenüber Staaten" zu streichen. Diese Frage sollte sich nach den allgemeinen Vorschriften des Völkerrechts regeln, da ausser gegen Staaten auch gegen andere Körperschaften nicht vollstreckt werden kann.

Artikel 152 Absätze 2 und 3: Diese Absätze enthalten verfahrenstechnische Einzelheiten, die mit dem System des Vereinigten Königreichs für die Urteilsvollstreckung nicht vereinbar sind. Wir würden es vorziehen, diese Absätze durch eine allgemeinere Bestimmung folgenden Wortlauts zu ersetzen:

"(2) Die Entscheidungen des Europäischen Patentamts über die Festsetzung der Kosten des Verfahrens und über die Erhebung einer Geldbusse sind in einem Vertragsstaat auf Antrag des Europäischen Patentamts oder eines anderen Beteiligten in gleicher Weise vollstreckbar wie das Urteil eines ausländischen Gerichts, dessen Urteile in diesem Vertragsstaat vollstreckt werden können."

B. AUSFUEHRUNGSORDNUNG

7. Nummer 1 zu Artikel 63 - Verfahren bei Rechtshilfeersuchen

Wir halten es für besser, die betreffenden Bestimmungen des Haager Uebereinkommens über den Zivilprozess (das Uebereinkommen von 1954 ist durch das von 1968 ersetzt worden) hier zu wiederholen.

8. Nummer 3 zu Artikel 88 - Fortsetzung des Erteilungsverfahrens im Falle des unwirksamen Prüfungsantrags eines Dritten

Wir würden es vorziehen, wenn Prüfungsanträge seitens Dritter nicht zugelassen würden. Sollte dies aber nicht annehmbar sein, so schlagen wir vor, die Nummer 3 zu Artikel 88 zu streichen und den Geltungsbereich der Nummer 4 zu Artikel 101 so zu erweitern, dass dieser Fall mit erfasst wird. Eine besondere, kompliziertere Bestimmung dürfte wohl nicht erforderlich sein.

9. Nummer 7 zu Artikel 136 - Beweissicherung

Es dürfte nicht sinnvoll sein, die Beweisaufnahme für einen hypothetischen Streitfall vorzusehen, der möglicherweise nie eintritt. Wir sind der Ansicht, dass die Bestimmung überflüssig ist, schädliche Wirkungen haben könnte und gestrichen werden sollte. Falls sie aber beibehalten wird, so sollte sie wie folgt geändert werden:

- a) In Absatz 1 sollten die Worte "zu treffen haben könnte" durch die Worte "wahrscheinlich zu treffen hat" ersetzt werden.
- b) Der Anmelder sollte von dem Verfahren unterrichtet werden und die Möglichkeit haben, Fragen zu stellen (1) (beispielsweise dadurch, dass er an diesem Verfahren beteiligt wird, so dass Nummer 1 zu Artikel 136 Anwendung findet).

10. Nummer 10 zu Artikel 145 - Verjährung

Wir sind dagegen, dass diese Bestimmung auf alle Forderungen des Europäischen Patentamts und an das Europäische Patentamt ausgedehnt wird. Diese Forderungen ergeben sich aus Verträgen und sollten durch die Rechtsvorschriften geregelt werden, die für die betreffenden Verträge gelten.

(1) Anmerkung des Sekretariats: Im Englischen "to cross-examine"; die Bedeutung dieses Begriffs konnte bei der Uebersetzung nicht geklärt werden.

